

Christentum und Arbeiterkampf.

In dem großen Befreiungskampfe der Arbeiterklasse hat sich das Christentum als der höchste Widerstand erweisen; die christlichen Volkschichten haben bisher unserm Vordringen die meisten Hemmnisse entgegengesetzt. Christliche Sonderbündelei hat die notwendige Einheit im gesellschaftlichen Kampfe von Anfang an gestört, und nur zu oft treten die christlichen Gewerkschaften als Streikbrecher auf. In dem politischen Kampfe konnte sich die Zentrumspartei Jahrzehntelang auf die Masse der katholischen Arbeiter stützen. Allerdings fängt auch der anscheinend so feste Zentrumsturm jetzt bedenklich zu wackeln an und gegen die christlichen Organisationen machen die freien Gewerkschaften immer mehr Fortschritte. Aufhalten kann das Christentum das mächtige Vorwärtsdringen des kämpfenden Proletariats nicht, sondern nur verzögern. Aber auch diese Verzögerung empfindet die nach Aufhebung der Ausbeutung lechzende Arbeiterschaft schwer; daher bleibt die Frage nach ihren Ursachen immer eine wichtige Frage, denn nur dadurch läßt sich entscheiden, ob man sie durch besondere taktische oder propagandistische Methoden aufheben kann.

Soll man den Pfaffen und Zentrumsautoren glauben, so liegt diese Ursache klar auf der Hand. Sozialismus und Religion, sagen sie, stehen zueinander wie Feuer und Wasser; sie sind unübersteigbare Gegensätze, und ein gläubiger Christ muß daher die sozialistische Bewegung aufschärfste bekämpfen. Das Klingt nun sehr schön und wird von der frommen Herde wohl auch anstandslos geglaubt; aber ihre eigene Praxis zeigt, daß hier bloß ein Vorwand, ein Argument, und nicht die wirkliche Ursache vorliegt. Läge die Feindschaft der Christen nur in ihrer Abneigung gegen unser Endziel, den Sozialismus, begründet, warum dann so feindlich gegen den Kampf der Gewerkschaften? Denn mögen die freien Gewerkschaften sich noch so sehr an die Sozialdemokratie anlehnen, ihr Ziel ist als Gewerkschaften ist nicht der Sozialismus, sondern längere Arbeitszeit und höherer Lohn. Dieses Ziel steht nicht im Widerspruch mit der Religion; daß Männern vorzeitig ihre Lebenskraft zerstört wird und Kinder durch schlechte Ernährung und schlechte Wohnung sich werden und schwach bleibken, ist doch keine Forderung des Christentums. Mag der Sozialismus noch so unchristlich sein, an dem Gewerkschaftskampf müßten die Christen sich nach Leibesträßen beteiligen, statt ihn zu lähmten.

Die angebliche Ursache des Gegenseizes zwischen Religion und Sozialismus ist also nur ein Vorwand; aber sie ist außerdem nicht einmal richtig. Denn für das Ziel des politischen Kampfes gilt dasselbe, wie für das Ziel des gesellschaftlichen Kampfes. Er will nichts andres, als eine materielle Umgestaltung der Lebensverhältnisse, Aufhebung aller Not, Sicherstellung des Lebensunterhaltes, Beseitigung der massiven Verschwendungen menschlicher Arbeitskraft durch eine bessere Regelung der Arbeit. Das hat genau so wenig mit dem Glauben an einen übernatürlichen Weltjäger zu tun, wie das bescheidenere Ziel einer einfachen Lohn erhöhung. Stehen wirtschaftliche Neuordnungen wie die Gründung eines Trusts, die Anlage einer Gartenstadt, die Gründung eines Konsumvereins im Widerspruch mit der Religion? Der Sozialismus ist nur im großen, was solche Grundungen im kleinen sind. Religion und Sozialismus können schon deshalb nicht Gegensätze sein, weil sie über völlig verschiedene Fragen handeln; dieser beschäftigt sich nur mit der materiellen Gestaltung des Wirtschaftslebens, jene besteht in bestimmten Anschauungen über das Übernatürliche.

Nun wird dagegen von den Zentrumsagitatoren eingewendet, daß doch die Theorie des Sozialismus, der historische Materialismus, der christlichen Lehre direkt zwiderläuft und diese Theorie die Arbeiter vom Christentum abwendig macht, ja, daß sogar nach den marxistischen Theoretikern die Religion hinter dem Sozialismus völlig verschwinden wird. Gewiß, wir sind der Meinung — das ist eben unser Materialismus —, daß alle Anschauungen der Menschen, auch die religiösen, aus ihren materiellen Lebensverhältnissen entspringen. Aber gerade deshalb liegt uns jede direkte Einwirkung auf abstrakte Ideen, liegt uns namentlich jede Bekämpfung der Religion fern. Kraft unserer Theorie richten wir unser ganzes Streben auf die Umgestaltung der Lebensverhältnisse, auf die Beseitigung von Armut und Konkurrenzkampf, wie sich in folgedessen die religiösen Ansichten umgestalten, ist eine unbeabsichtigte und in gewissem Sinne gleichgültige Nebenerscheinung. Dass das Proletariat immer mehr religiös wird, liegt nicht in irgendeiner Predigt des Materialismus, sondern in seiner eigenen Lebenspraxis begründet. Weil es die Ursache seines Leidens, den Kapitalismus, als eine natürliche, weltliche, irdische Sache erkannt hat, und die Kraft in sich fühlt, sie zu beseitigen, tritt ihm in seinen wichtigsten Lebensfragen niemals eine übermächtige, geheimnisvolle Macht entgegen, die einem religiösen Glauben Nahrung geben könnte. Wir sind der Meinung, daß mit der Beseitigung allen Elends dieser Glaube völlig seinen Boden verlieren wird; aber kann darin für die Christen ein Grund liegen, den Sozialismus zu bekämpfen? Ja, wenn sie selbst auch dieser materialistischen Ansicht huldigen, dann könnte man verstehen, daß sie die Religion dadurch retten wollen, daß sie das Elend der Massen aufrechterhalten. Da sie aber selbst doch wohl entgegengesetzte Meinung sind, daß die Religion auch unter einer glücklichen Menschheit ewig bleiben werde, liegt für sie kein Grund vor, uns nicht in dem Kampf gegen die Not, für eine sozialistische Wirtschaftsordnung zu unterstützen. In philosophischen Meinungen und metaphysischen Anschauungen besteht kein Zwang; darüber läßt sich reden; was wir wollen und worauf wir uns verständigen, ist nur die materielle Umgestaltung der Produktionsweise.

Die Einwände der Christen gegen den Sozialismus sind also völlig unberechtigt, und ihre feindliche Haltung gegenüber der Arbeiterbewegung muß danach unverständlich erscheinen. Das besagt aber nur, daß die wirkliche Ursache irgendwo anders liegen muß. Sie liegt darin, daß die Religion nicht bloß eine abstrakte Anschauung über das Übernatürliche, ein Glauben ist, sondern zugleich als eine gesellschaftliche Organisation, als Kirche austritt.

Die Kirchen sind historisch entstandene Organisationen, worin diejenigen, die — sei es durch Wohnort, durch Abstammung oder als Klasse — zusammengehörten und gemeinsame Interessen hatten, zusammengefaßt wurden. Wie jede Organisation, boten auch sie dem einzelnen Schutz, Hilfe, moralischen Halt, Kraft, wofür dieser die Pflicht der Treue und der Solidarität empfand und durch ein starkes Gefühl der Gemeinsamkeit festgehalten wurde. Weil im Kulturmampf die Kirche als Organ des Arbeiterkampfes gegen die liberalen Kapitalisten austrat, deshalb haben ihr die Arbeiter so lange Treue bewahrt, daß soz allen Arbeiterverraths des Zentrums erst neulich die Massen abfallen begannen.

Aber die ätzende Lauge der gesellschaftlichen Entwicklung hat die alten Organisationen innerlich zerfressen und aufgelöst. Die Gemeinsamkeit der Interessen ist längst dahin, der ideelle Ausdruck der Gemeinsamkeit, das religiöse Glaubensbekenntnis, ist zur leeren Formel geworden; neue Klassengegensätze haben sich innerhalb der Glaubensgemeinschaft entwickelt. In jeder Kirche befinden sich jetzt Kapitalisten, Bauern und Proletarier nebeneinander. Die Kirche kann nicht entgegengesetzte Interessen zugleich wahrnehmen; sie tritt in den Dienst der einen Klasse gegen die andre und fast ausnahmslos tritt sie für die Kapitalisten gegen die Arbeiter ein. Nicht nur, weil sie selbst Teil an der Ausbeutung hat und ihre Führer, die kirchlichen Würdenträger, sich vor der Aufhebung aller Ausbeutung fürchten, sondern vor allem, weil der Klassenkampf im Widerspruch zu der kirchlichen Gemeinschaft steht. Die Kirche versucht den Klassenkampf, der als notwendige Folge des Klassengegensatzes austritt und ihre Organisation zerstört, zu unterdrücken, indem sie ihm ihre Religion gegenüberstellt. Die tote, formelle Religionsgemeinschaft soll dazu dienen, die lebendige, aus dem Leben auffründende Klassengemeinschaft aller Unterdrückten und ihrer Klassenkampf gegen die Ausbeuter zu verhindern. Natürlich ist das aussichtslos; aber ebenso natürlich ist es, daß die Kirche nicht anders kann; sie weht sich ihrer Haut. Und das bestimmt ihre Rolle in der Arbeiterbewegung. Der angebliche Gegensatz von Religion und Sozialismus ist nur Vorwand; tatsächlich handelt es sich um den Gegensatz zwischen Kirche und Klassenkampf. Daher kommt es, daß sie die Gewerkschaftsbewegung gleich scharr bekämpft wie die Partei; beide führen den Klassenkampf der Arbeiter gegen die Bourgeoisie. Die wirkliche Religion, die sie gegen uns verteidigt, ist nichts als die Lehre der Solidarität der Ausgebeuteten mit den Ausbeutern, ist die Lehre des Duldens, der Demut, des Bettels und des Klassenverraths.

Daraus ergibt sich sofort — was die Arbeiterklasse auch instinktiv fast immer besagt hat —, daß hier mit Diskussionen über die Religion nichts zu gewinnen ist. Die Praxis der Arbeiterbewegung, die den Klassenkampf führt, Mut, Zuverlässigkeit und Stolz in den Proletarierherzen weckt, zieht durch ihre Erfolge immer mehr christliche Arbeiter zu uns herüber. Die Praxis der Kirche, die sich immer auf die Seite der Unterdrücker stellt, öffnet ihnen, wenn auch langsam, doch endlich die Augen und zeigt ihnen, daß die Kirche für sie eine falsche, feindliche Organisation ist, die sie schädigt und ihr Vertretungen betrügt. In den neuen Klassenorganisationen findet sie, was die Kirche ihnen nicht bieten konnte, wirkliche Hilfe, Schutz und Zusammenhalt in den wichtigsten Lebensinteressen. Sie werden sie in dem Maße, wie sie durch die Praxis belehrt werden, zu ihren Klassengenossen kommen; von unsrer Seite ist dazu nur nötig, immer klar, rücksichtslos und unbekürt den Klassenkampf zu führen.

Die bürgerliche Presse über Tripolis.

Wir geben im folgenden die Stimmen einiger bürgerlicher Zeitungen wieder, besonders rechtsstehender Blätter. Aber selbst sie, die ihrer politischen Gesamtanschauung nach Anhänger einer brutalen Gewaltpolitik sind, müssen zugeben, was wir unten im gestrigen Leitartikel ebenfalls ausprachen, daß die Art, wie der räuberische Einstall Kaliens vor sich geht, ein Skandal ersten Ranges ist.

Tägliche Rundschau:

Unter allen Umständen besteht nun mehr eine sehr ernste Lage. Die Türkei war zu größtmöglichen Zugeständnissen bereit. Diese Tatsache hat selbst der italienische Minister des Auswärtigen, Marchese d' San Giuliano in seiner Erklärung zugegeben, wenn er auch behauptet, daß es jetzt zu spät gewesen sei. Ob Italien wirklich alle diplomatischen Möglichkeiten er schöpft hatte, ehe es sein Ultimatum stellte, muß die Zukunft lehren. Bedenkt wird es sich aber nicht verbreitet haben, daß die von ihm mit so ungünstiger Kraft betriebene Tripoliseleganz sich sehr leicht zu einer allgemeinen Orientkreise, ja selbst zu einem europäischen oder Weltkriege auswachsen kann. Darauf deutet schon der starke Wind, den Italien den Balkanvölkern gegeben hat. Indessen bleibt es fraglich, ob er die gewünschte Wirkung haben wird. Bulgarien wartet schon lange auf eine günstige Gelegenheit, um über das Osmanreich herzusallen. Griechenland, das die Insel Kreta angliedern möchte, ist trotz allen Ablehnens von ähnlichen Wünschen erschöpft. Auch Serbien und Montenegro würden in günstige erscheinender Stunde kaum darauf verzichten, eine Gebiete erweiterung auf Kosten der Türkei anzustreben. Und in Albanien soll bereits der Aufbruch von neuem aufgeschlagen sein. Gegenüber einer solchen Fülle von nur wenig gefesteten Kräften und Spannungen wird die italienische Note wahrscheinlich nicht viel ausrichten können. Steht jedoch erstmals der Balkan und nahe Orient in Flammen, dann kann das Feuer auch leicht auf das Gebäude Europas und weiterhin der übrigen Erdteile überspringen.

Königliche Volkszeitung:

Italien will, wie der Minister es mit dünnen Worten sagt, einfach nicht mehr verhandeln. Gründsätzlich, die Stich hielt, gibt er nicht an; im Gegenteil muß er selbst eingestehen, daß die türkische Regierung an Verhandlungen bereit ist mit einem Ziele, welches allein gebilligt werden kann: nämlich dem Reale vollständig freier, aber doch nicht privilegiert wirtschaftlicher Tätigkeit der Italiener in Tripolis. Italien hat somit den Weg freundlicher Verhandlungen verlassen und sich auf den Weg der Gewaltmaßnahmen begeben. Es bleibt der Türkei jetzt nur übrig, entweder alles hinzunehmen, was Italien ihr bietet, alles zu billigen, was es fordert, oder aber den Versuch einer gewaltigen Abwehr des ange drohten italienischen Angriffes auf die türkische Souveränität zu machen. Das darf's schlechte Aussichten besitzen, ist schon gelagt worden. Unwahrscheinlich ist die vierundzwanzigstündige Frist schon verlossen, und man kann an-

nehmen, daß die angedrohten militärischen Maßnahmen auf Tripolis und Cyrenaika, welche bekanntlich schon längst vorbereitet waren, zur Tatze geworden sind.

Daß Italien den Weg der Heilseligkeiten gegen die Türkei betreten hat, wird jene offiziösen Kreise sehr unangenehm überraschen, die am Donnerstagabend noch nicht das mindeste, sogar von dem Ultimatum wußten. Es muß hierbei auf das Verhalten Frankreichs hingewiesen werden, welches über jede, auch die unbedeutendste Phase der Marokkoverhandlungen seinen Verblüffungen, Aufstand, Aufruhr, und seinen Freunden, England, auf dem laufenden hielt. Italien hat mit Bezug auf einen Schrift, der die orientalische Frage in verhängnisvoller Weise aufzurollen droht, seinen beiden Verbündeten gegenüber offenbar vollständiges Schweigen beobachtet. Darüber wird wohl noch mehr als ein Wort zu reden sein.

Die Post schreibt:

Wenn diese Zeilen in die Hände unserer Leser gelangen, blühen die Landungsabteilungen der italienischen Kriegsschiffe bereits den Strand von Tripolis betreten haben. Die italienische Regierung hat seit der Note veröffentlicht, die der Minister des Auswärtigen in der Nacht vom 26. auf den 27. September an den italienischen Gesandtschafter in Konstantinopel zur Übermittlung an die türkische Regierung gerichtet hat. Das Schriftstück, das wir im folgenden veröffentlichen, teilt der türkischen Regierung mit, daß die italienische Regierung entschlossen ist, Tripolis und die Cyrenaika zu besetzen. Es wird nicht einmal der türkischen Regierung die Möglichkeit geboten, durch irgendwelches Entgegenkommen die Besetzung abzuwenden. Mag die türkische Regierung also tun, was sie will, an der Besetzung von Tripolis und der Cyrenaika ist nichts mehr zu ändern. Die Italiener haben sich das Vorgehen der Engländer im Korenkrige, der Nordamerikaner gegen Spanien, der Japaner gegen Russland zum Vorbild genommen. Aber alle diese Staaten haben doch wenigstens einigermaßen noch verucht, das Gefecht zu wahren. Italien hält das nicht für notwendig und vollzieht den Übergang vom Frieden zur Besetzung einer Provinz eines europäischen Staates ohne weitere Formalitäten.

Was die Note im übrigen veröffentlicht, ist nicht wert, ernsthaft unterfucht zu werden. Die italienische Regierung hat nach Vorwänden gesucht, aber nur recht wenige gefunden. All die Klagen, die in der Note aufgeführt wurden, sind unbegründet und fröhlich niemals der Gegenstand von Verhandlungen gewesen. Wenn die italienische Regierung angibt, daß auch für die Fremden jeder Nationalität eine große Gefahr bestehe, so schlägt wir diese Gefahr ebenso gering ein, wie die, die angeblich die Europäer in Ges bedrohte, ehe Frankreich es besetzte.

Die Deutsche Tages-Zeitung:

Heute weiß man auch, daß die modernen Fabrik, als sie die letzten Verhandlungen mit der Post verhandeln, von Anfang an nur noch den Krieg in der Manteltasche hielten. Denn wie man sich auch zu der Möglichkeit stellen mag, daß die türkischen Diplomaten die italienische Gebüld vielleicht auf eine harte Probe gestellt habe — ein beratiges Ultimatum ist doch seit den Noten des ersten Napoleon unter europäischen Mächten nicht mehr da gewesen! Aus ihm geht klar hervor, daß die Post auf die vorige Note Italiens eine Antwort gegeben hat, die unter allen Umständen zunächst als formell befriedigend betrachtet werden mußte. Misstrauisch Italien dem realen Wert dieser formellen Antwort, so mußte es seine Forderungen nach wirtschaftlichen Verteilungen klipp und klar formulieren; diese Forderungen konnte es dann in die Form eines Ultimatums kleiden. Statt dessen aber stellt es eine militärisch-politische Forderung, die nicht nur die Würde und Souveränität der Post auf das schwerste und abschreckend verlegt, sondern unter Staaten, die auf dem Fuße der Gleichberechtigung verhandeln, überhaupt unentbar ist. Es beginnt die Forderung, um die schmere Beleidigung des Gegners noch offensichtlicher zu machen, überdies mit der Erklärung, daß es jede noch so seltener Befürchtung von seiner Seite einsach für wertlos halte. Damit schneide es ihm jedes Entgegenkommen, das mit der türkischen Selbststätigung vereinbar wäre, ausdrücklich ab.

Und um diesem Verfahren die Krone aufzusetzen, wird diese beispielhafte Note veröffentlicht! Die Veröffentlichung eines diplomatischen Notenwechsels in einer gespannten Situation bedeutet selbst dann eine gewisse Verschärfung der Lage, wenn in den Noten an sich die soziale und formelle Korrektheit voll gewahrt ist. Die Veröffentlichung dieser Note aber, gegen die die Kaiserliche Regierung noch hundertmal eine höfliche Chamade war, liegt außerhalb jeder diplomatischen Terminologie.

Nach menschlichem Ermessens könnte die Antwort der Türkei nur der Krieg sein.

Gerichtsstaat.

Reichsgericht.

Die preußischen Offiziere sollte der Redakteur der Königlichen Arbeiterstimme, Genosse Wilhelm Dittmann in Solingen, durch eine Theaterkritik in seinem Blatte beleidigt haben. Das Landgericht Elberfeld hat ihn aber am 14. Februar freigesprochen. Am 23. Oktober v. J. wurde in Solingen ein Theaterstück „Gewehr ab!“ aufgeführt. Darin tritt ein Offizier auf, der eine reiche Frau gehetet hat und, als er in Verwögensversall gerät, es vorzieht, sich das Leben zu nehmen, statt durch Bureauarbeit den Lebensunterhalt zu erwerben. Der Huilleton-Redakteur schreibt hierüber eine Rezension, in der von dem entwerteten und verlumpten Geiste des Militarismus“ die Rede war. Der preußische Kriegsminister stellte darauf gegen den verantwortlichen Redakteur Dittmann Strafantrag wegen Beleidigung der Offiziere der deutschen Armee. Das Landgericht hat sich aber von der Schuld des Angeklagten nicht überzeugen können. D. hat gar nicht gewußt, daß sein Kollege das Theater besucht hatte und daß dieser die Theaterbesprechung in Druck gegeben hatte. Allerdings hatte D. die fertige Nummer vor dem Druck in den Kolumnen durchsehen, aber da er keine Ahnung hatte, daß in einer Lokalnotiz über das Theater sich ein gefährlicher Satz vorfinden könne, so hatte er es unterlassen, gerade diese Notiz durchzulesen und seine Aufmerksamkeit besonders auf den politischen Teil gerichtet. — Die Revision des Staatsanwalts, der Verkennung des § 20 des Preßgesetzes folgte, wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Das Märtyrergrab in Warschau. Vom Landgericht Bautzen (Obersch.) ist am 11. März der Redakteur Ludwig Filla in Katowice nach § 130 des Strafgesetzbuchs zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden, weil er in den beiden in Katowice erscheinenden polnischen Blättern „Polak“ und „Kurzer Slaski“ im November v. J. Artikel hatte erscheinen lassen, in denen er, wie die Anklage behauptet, „großpolnische Propaganda“ mache. Filla ist, wie im Urteil erwähnt wird, früher Grubenarbeiter gewesen, während er jetzt Chefredakteur der beiden genannten Blätter ist. In den beiden Artikeln, die er